Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 10. November 1880. Nr. 528.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung vom 9. November.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr mit mehreren geschäftlichen Mittheilungen.

Am Ministertisch: Graf zu Eulenburg mit mehreren Kommissarien.

Tagesordnung:

1. Erste Berathung des Entwurfs einer Kreisordnung für die Provinz Hannover und des Gesetzentwurfs über die Einführung der Provinzialordnung in der Provinz Hannover.

Gegen die Vorlage sind die Abgg. Miquel, v. Bennigsen und Windthorst, für dieselbe Abg. Grumbrecht zum Wort gemeldet.

Abg. Miquel: Er könne nicht sagen, daß er die Vorlage mit besonderer Vorliebe begrüße. Die gegenwärtige Gemeindeverfassung der Provinz Hannover sei nach dem Urtheile aller politischen Parteien eine solche, die allen Aufgaben gerecht werde. Dennoch erkenne er an, daß es auf die Dauer unmöglich sei, eine ganz eigenartig gestaltete Organisation der Provinz Hannover aufrecht zu erhalten. Als ein Theil des preußischen Staates müsse die Grundlage der Organisation mit den übrigen Provinzen gleichartig sein. Er erkenne ferner an, daß die Vorlage, die gebracht worden, von einem Minister ausgehe, welcher die Verhältnisse der Provinz aus eigener Erfahrung genau kennt und bestrebt ist, den Uebergang in die neuen Verhältnisse zu erleichtern, die historisch gegebenen Verhältnisse zu berücksichtigen und zu würdigen. Er (Redner) beabsichtige auch nicht, das Zustandekommen dieses Gesetzes zu erschweren, der Kern der Vorlage solle unberührt bleiben; sein Wunsch gehe dahin, die bestehenden Verhältnisse nur noch weiter berücksichtigt zu sehen. Redner geht nunmehr auf die Vorlage selbst näher ein und wendet sich zunächst gegen die Größe der Kreise und die Kompetenz der Kreisbehörden im Verhältniß zu den Gemeinden. Die kleinen Aemter hätten sich sehr gut bewährt. Er sei ferner der Ansicht, daß Polizei- und Kommunalverwaltung nicht getrennt werden dürfen. Für einzelne Theile Hannovers könnten die Amtsvorsteher sehr wohl beide Gewalten in sich vereinigen. Hier wäre es am Platze, entsprechend der Bestimmung der hannoverschen Landgemeindeordnung auf die Bildung leistungsfähiger Landgemeinden mit Energie hinzuwirken und dann erst mit der Kreisordnung vorzugehen. Man müsse aber mit dem Gedanken rechnen, daß erst die letztere zur Einführung gelangen solle, ehe die Landgemeindeordnung zur Annahme kommt. Bis dahin könnte eine Anzahl polizeilicher Befugnisse auf die Gemeindevorsteher übertragen werden. Er möchte dem Herrn Minister anheimgeben, ob es sich nicht empfehle, in das Gesetz eine clausula generalis aufzunehmen des Inhalts, den Gemeindevorstehern mit Zustimmung der höheren Organe weitere Aktionen kommissarisch zu übertragen. — Könne er sich auch mit der Eintheilung der Kreise im Allgemeinen einverstanden erklären, so bedauere er, dem Vorschlage des Ministers bezüglich der Uebertragung der Polizeigewalt auf die Distriktsbeamten nicht zustimmen zu können. Darin seien die Abgeordneten aus der Provinz einig, daß die Distriktskommissarien grundsätzlich abzulehnen seien. Er erblicke in der Stellung von thatsächlichen Subalternbeamten, welche die Polizeigewalt zwischen Landrath und Gemeinden ausüben, eine große Gefahr und deshalb müsse er dieses Institut entschieden zurückweisen. Wir wollen in Hannover nicht von Subalternbeamten regiert sein. Weiter kritisirt der Redner die Vorlage, insoweit sie der Ritterschaft zu große Rechte einräume. Derselben sei ein zu umfangreiches Stimmrecht in der Vorlage zugestanden; man werde deshalb versuchen müssen, die Vorlage in dieser Beziehung zu modifiziren. Dies werde stattzufinden haben nach der Bedeutung und Leistungsfähigkeit einzelner Faktoren. Hier kämen namentlich die Städte in Betracht, welche hinsichtlich ihrer Leistungen bei Weitem nicht genug in der Vertretung berücksichtigt worden sind. Er habe nichts dagegen, daß der Großgrundbesitz in dem Provinziallandtage eine entsprechende Vertretung erhalten solle, aber die Städte müßten nicht zurückgesetzt werden. Nach der Vorlage sollen einzelne Städte von der Landgemeinde eximirt werden. Warum sollen gerade Osnabrück und Hildesheim ausgenommen, andere Städte, wie Lüneburg und Harburg, die nur ein paar Tausend Einwohner weniger haben, ausgeschlossen werden? Es sei überhaupt fraglich, ob eine solche Exemtion zulässig ist, so lange noch keine Städteordnung existirt. Mit der Novelle zur Provinzialordnung erklärt sich Redner im Ganzen einverstanden. Nur wünsche er, daß die Kreise so zusammengelegt werden, daß in der Regel ein Wahlbezirk für den Provinziallandtag drei Abgeordnete wählt. Redner erklärt nochmals, daß er hoffe und wünsche, es werde gelingen, die Vorlage den Erwartungen der Hannoveraner entsprechend zu modifiziren.

Abg. Grumbrecht verzichtet auf weitere Ausführungen, da der Vorredner alles das gesagt, was er selbst anzuführen beabsichtigt habe.

Abg. Dr. Windthorst spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Vorlagen über die Kreis- und Landschaftsverfassung in Hannover, Schleswig-Holstein und Posen dem Landtage vorgelegt werden, ohne gleichzeitig auch die für Westfalen, Rheinland und Hessen-Nassau mit vorzulegen. Diese abgerissene Arbeit liebe er nicht und er seinestheils mache kein Hehl daraus, daß er einen Abschluß in der Angelegenheit nicht eher wünsche, als bis auch die übrigen Vorlagen da sind. Das sei der erste Gedanke; der zweite sei der, daß er sich nicht damit einverstanden erklären könne, daß über so tief einschneidende Vorlagen nicht zuvor der Provinziallandtag gehört werde. Wenn es darauf ankomme, neue Verwaltungsprinzipien einzuführen, dann müsse man doch zuvor die Betheiligten selbst hören. Der hannoversche Provinziallandtag habe wiederholt verlangt, gehört zu werden, aber nicht einmal eine Antwort erhalten. Es sei das nicht konservative, sondern bureaukratische Politik, die er von dem gegenwärtigen Minister des Innern am wenigsten erwartet hätte. Wenn die Vorlage nicht noch schlechter geworden, als sie schon ist, liege wohl nur daran, daß der Minister in Hannover selbst amtlich gewirkt habe; deshalb bedauere er auch, daß sein Kollege Grumbrecht wegen Mangels an Stimme behindert gewesen, für die Vorlage zu sprechen. Die hannoversche Verwaltungsorganisation sei in voller Wirksamkeit und habe sich nach allen Richtungen vorzüglich bewährt. Was die Vorlage im Einzelnen anlange, so sei die Bildung einer größeren Anzahl von Kreisen nothwendig. Mit dem Abg. Miquel sei er darin einverstanden, daß das Institut der Distrikts-Kommissarien absolut verwerflich sei; nur in Wilhelmshaven wolle er sich dieselben gefallen lassen, wenn ihm die Qualifikation dieser Beamten näher definirt würde. Was die Bildung des Kreis-Ausschusses anlange, so seien die Vorschläge der Regierung doch noch sehr der Erwägung bedürftig. Er (Redner) meine, daß die Zahl der Stadtkreise erheblich vermehrt werden könnte. Auf das Institut des Landraths lege er nur dann Gewicht, wenn dieser aus dem Kreise selbst entnommen werde. Er glaube auch nicht, daß die Tüchtigkeit eines Mannes durch Prüfung allein festgestellt werde. Er sehe nicht ein, warum nicht ein Mann, der durch das Vertrauen des Kreises berufen werde, das Zeugniß der Reife haben solle. Das Examen im Leben gelte ihm mehr, als das Examen auf Papier. Was die Provinzialverfassung anlange, so sei dies ein neues Werk und während des preußischen Regimes geschaffen. Eine Nothwendigkeit, sie abzuändern, sehe er gar nicht ein. Dasjenige, was eine Provinzialverfassung in Beziehung auf die allgemeine Landesverwaltung zu leisten hat, könne der Provinziallandtag von Hannover vollständig leisten. In Bezug auf das Landesdirektorium wünsche er gar nichts geändert. Was aber die Zusammensetzung des Landtages anlange, so sei er der Ansicht, daß auch ferner in der Landschaft der Großgrundbesitz, die Städte und die Landgemeinden in richtiger Gliederung vertreten sein müssen, und er wünsche diese Einrichtung dauernd zu sichern. Die Städte sagten, sie müßten die Rechte der Großgrundbesitzer haben. Das beweise nur, daß er Recht habe, wenn er sage: „Ohne Aristokratie keine Selbstverwaltung auf dem Lande!" deshalb sei er dafür, daß man auch ferner in drei Gruppen wählt: Großgrundbesitz, Städte und kleiner Landbesitz. Wenn er diese Vertretungsart nicht erreichen könne, werde er zu der ganzen Vorlage Nein! sagen. Redner erklärt sich noch gegen die Absicht, die Wegeverbände in die neuen Kreise zu legen. Das halte er für einen schweren Eingriff in bestehende Rechtsverhältnisse und er glaube nicht, daß man letztere so ohne Weiteres im Wege der Legislative abändern kann. Diese Materie müsse gründlich erwogen werden und er meine, daß diese Frage aus der Legislative ausscheide.

Abg. Dr. Köhler hält die Vorlage nach Vornahme einiger Aenderungen, die zudem nicht prinzipieller Natur seien, wohl für annehmbar. Redner betont die Nothwendigkeit, daß die in der Provinz noch bestehenden vereinzelten Kommunal-Landschaften ebenso beseitigt werden, wie eine solche Beseitigung der Kommunalverbände in der Provinz Pommern in einem gegenwärtig dem Herrenhause vorliegenden Entwurfe vorgeschlagen werde.

Abg. v. Bennigsen bedauert ebenfalls, daß die Vorlage nicht zuvor dem Provinziallandtage zur Prüfung vorgelegen habe, hält dagegen den Einwand, daß man zugleich auch eine Aenderung der Verwaltungs-Organisation in den noch übrigen Provinzen hätte vornehmen müssen, für hinfällig. Die prinzipielle Gegnerschaft des Abg. Windthorst sei ihm aber gerade aus diesem Grunde nicht verständlich; denn gerade das Centrum habe ja unausgesetzt eine Emanation der Kreisordnung in Rheinland und Westfalen gefordert. Er erkenne allerdings an, daß die Vorlage einen tiefen, schwerwiegenden Eingriff in ganz anders geartete Verhältnisse bezwecke, aber daraus entstehe eben für die Regierung sowohl, als auch für die Landesvertretung die Aufgabe, einen Ausgleich dieser Verhältnisse mit den allgemeinen Bedürfnissen des Landes herbeizuführen. Es sei zu bedauern, daß den historischen und thatsächlichen Verhältnissen in der Vorlage nicht überall Rechnung getragen worden, doch halte er es für möglich, auf der Grundlage der Vorlage ein Einverständniß zu erzielen. Die Einführung des Instituts der Amtsvorsteher hält Redner nicht für nöthig, die Polizeigewalt in Hannover sei nach seiner historischen Entwickelung stets eine obrigkeitliche gewesen. Die Kreise würden erheblich kleiner begrenzt werden müssen, schon mit Rücksicht auf die Bevölkerungsziffern. Das Institut der Distrikts-Kommissare hält auch dieser Redner für verwerflich, eher könne man dem Gemeindevorsteher noch einige polizeiliche Befugnisse übertragen, wie es schon jetzt vielfach geschieht. Den Städten werde man ihre volle Selbstständigkeit lassen können, statt sie in die Kreise einzuzwängen. Der Wegebau sei unter den bestehenden Verhältnissen ein sehr lebhafter gewesen; in den letzten 10 Jahren seien über 300 Meilen Chausseen gebaut worden. Deshalb müsse er sich gegen die Bildung neuer Wegeverbände erklären. Redner macht auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam, welche der Umgestaltung der gegenwärtigen Verhältnisse entgegenstehen, und wünscht nicht, daß diese Schwierigkeiten noch durch Interessenkämpfe vermehrt werden, deshalb würde er vorschlagen, die Frage der Wegeverbände entweder ganz von der Vorlage auszuschließen, oder aber eine längere Uebergangszeit für die Ueberführung der alten in die neuen Verhältnisse vorzubehalten. Mit dem Abg. Miquel erklärt sich Redner für eine angemessene Vertretung der Städte in den Kreisen. Daß dem Großgrundbesitz in der Kreisvertretung eine größere Vertretung eingeräumt worden, daß werde, glaube er, in der Provinz Hannover keinem Widerspruche begegnen. So weit wie der Abg. Windthorst könne er nicht gehen und der Ritterschaft in dem Provinziallandtage größere Rechte einräumen: im Uebrigen hoffe er, daß es gelingen werde, die besonderen Verhältnisse Hannovers mit den Interessen der Monarchie in Einklang zu bringen.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg betont, daß den besonderen Verhältnissen der Provinz Hannover in dieser Vorlage eine weitgehende Berücksichtigung zu Theil geworden. Er kann das Bedauern nicht theilen, daß gleichzeitig mit den Kreisordnungen für Hannover, Schleswig-Holstein und Posen nicht auch die für Westfalen und Rheinland vorgelegt werden. Ein Bedürfniß für die gleichzeitige Vorlage bestehe nicht. Ueberdies wäre es ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, die sämmtlichen Kreisordnungen in dem kurzen Zeitraum seit Schluß der letzten anstrengenden Landtagssession soweit vorzubereiten, daß deren Vorlage an den Landtag noch in diesem Winter erfolgen könnte. Der entscheidende Grund sei aber der gewesen, daß man nicht ohne Grund die Arbeiten des Landtages noch weiter vermehren dürfte, umsoweniger, als schon jetzt die Befürchtung nahe liegt, es möchten die vorliegenden Gesetzentwürfe nicht zum Abschlusse gelangen. Daß die Kreisordnungen nicht zuvor den Provinziallandtagen vorgelegt werden, sei ein prinzipielles Vorgehen. Diese sollen nur gehört werden, wenn es sich um Vorlagen handele, welche allein die Provinz angehen, was hier nicht der Fall sei. Was die Größe der Kreise anlange, so sei man in Beziehung auf die Ausdehnung derselben keineswegs zu weit gegangen. Bei Bildung derselben werde davon ausgegangen werden müssen, daß die Elemente für die Selbstverwaltung sowohl in Beziehung auf die Leistungsfähigkeit als auch in Bezug auf das Vorhandensein der erforderlichen Kräfte in den Kreisen vorhanden sind. Einer Verkleinerung der Kreise würde die Regierung nicht zustimmen können. Die Polizeigewalt werde im Allgemeinen von dem Landrathe ausgeübt werden müssen; die Befürchtungen gegen das Institut der Distriktsbeamten könne er aber nicht theilen, schwerlich werde man diese Hülfsbeamten ganz entbehren können. Soweit die Beschwerden gegen dieses Institut begründet sind, werde Abhülfe geschaffen werden. Mit dem Abg. v. Bennigsen sei er einverstanden, daß sich das Institut der Amtsvorsteher für Hannover nicht empfehle. Mit der Uebertragung von Befugnissen der Ortspolizei auf die Gemeindevorsteher kann sich der Minister nur bedingt einverstanden erklären. Die Bildung weiterer Stadtkreise hält er für schädlich; der Kreis müsse eine kommunale Einheit bilden und aus Stadt und Land zusammengesetzt sein. Das Maß der Vertretung des Großgrundbesitzes sei ein mäßiges und den Verhältnissen entsprechendes. Das arithmetische Exempel des Herrn Miquel sei nicht richtig. Auch sei allgemein anerkannt worden, daß eine zu starke Vertretung des Großgrundbesitzes nicht vorgeschlagen sei. Was die Provinzialverwaltung anlange, so sei es der Provinz vollkommen überlassen, die Kollegialverfassung beizubehalten. Gegen die kommissarische Berathung der Vorlage hat der Minister nichts einzuwenden, er bittet aber, möglichst bald in dieselbe einzutreten.

Nachdem Abg. Dr. Windthorst noch einige Punkte seiner Ausführungen richtig gestellt, wird die Diskussion geschlossen.

Beide Vorlagen werden der durch 7 der Provinz Hannover angehörige Mitglieder ad hoc verstärkten Kommission für die Verwaltungsgesetze zur Vorberathung überwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Schluß 3 Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Deutschland.

** Berlin, 9. November. Die Vorlegung der einzelnen Etats des Reichshaushaltes an den Bundesrath erfolgt jetzt ziemlich rasch hintereinander. Heute liegt der Etat über den allgemeinen Pensionsfonds für 1881/82 vor. Derselbe führt eine Einnahme von 10,766 Mark an und veranschlagt die Ausgaben auf: für die Verwaltung des Reichsheeres Preußen 16,042,100 Mark, gegen das Vorjahr mehr 403,100 Mark, Sachsen 888,763 Mark, gegen das Vorjahr mehr 40,580 Mark, Würtemberg 729,950 Mark, 19,800 Mark mehr. Die Gesammt-Ausgabe für das Reichsheer beträgt 17,600,813 Mark. Für die Marine-Verwaltung werden gefordert 401,080 Mark und für die Civil-Verwaltung 338,100 Mark.

Gegenüber der vielfach vor einiger Zeit verbreiteten Angabe, daß die Ernte dieses Jahres namentlich in den Provinzen Ost- und Westpreußen eine schlechte gewesen, erklärt der Bericht der Handelskammer in Königsberg: Im Großen und Ganzen können wir nach unseren, in den verschiedenen Kreisen eingezogenen Erkundigungen die diesjährige Ernte immerhin als eine gute Mittelernte bezeichnen und ist dieselbe besonders quantitativ so reichlich ausgefallen, daß der Landmann für den Mangel an der Qualität bei einzelnen Getreidearten reichlich entschädigt wird. Bei dem maßgebenden Einfluß, welchen der Ausfall der Ernte in den hauptsächlich Ackerbau und Viehzucht treibenden Provinzen auf die Geschäfte, namentlich in den kleineren Städten ausübt, darf man somit hoffen, daß dieselben sich jetzt allmälig mehr und mehr heben werden, da der Landwirth in der Lage ist, seinen Verpflichtungen prompter nachkommen zu können, als es in den letzten Jahren der Fall war.

Die zwischen dem deutschen Reiche und Frankreich hinsichtlich des Verfahrens bei der gegenseitigen Uebernahme von hülflosen Personen, verlassenen

Kindern und Geisteskranken nunmehr vereinbarten Bestimmungen sind den Provinzial-Behörden zur Kenntnißnahme und Berathung mitgetheilt worden. Inhalts dieser Festsetzungen sind für die aus Frankreich nach Preußen zu übernehmenden Personen die Städte Aachen, Trier und Merzig als Uebernahmeorte bezeichnet worden, während die aus Preußen nach Frankreich hineinzuschaffenden Personen, je nach der Reisetour, entweder in dem Hospiz zu Maubeuge, in dem Hospiz zu Verdun, oder in der Irrenanstalt zu Mareville bezw. in dem Hospiz St. Nikolaus zu Nanzig abzuliefern sind. Es ist Frankreich gegenüber bis auf Weiteres der Grundsatz angenommen worden, auch die Uebernahme eines ehemaligen preußischen Staatsangehörigen nicht zu versagen, sofern derselbe nicht inzwischen eine andere bezw. die französische Staatsangehörigkeit erworben hat. Die seitens einzelner Provinzial-Regierungen in letzter Zeit mehrfach bekundete Auffassung ist hiernach zu berichtigen.

Berlin, 9. November. Der Kardinal Hohenlohe traf am Montag aus München hier ein, übernachtete im Hotel Royal und reiste gestern nach Schlesien auf die Hohenlohe'schen Besitzungen weiter, um dort mit seinen Brüdern (Herzog von Ujest und Botschafter Fürst Chlodwig Hohenlohe) zusammenzutreffen.

Provinzielles.

Stettin, 10. November. Der „Stralsunder Zeitung" wird geschrieben: Erst jetzt sind wir in der Lage, über die Wirkungen des großen Sturmes vom 21. v. M. bei Damerow und auf der Insel Ruden Mittheilung zu machen. Bei Damerow, wo im Jahre 1872 bei der bekannten großen Sturmfluth die Dünen vollständig weggewaschen waren und der gefährliche Durchbruch der Ostsee nach dem Haff zu stattgefunden hatte, ist inzwischen und bis in die neueste Zeit hinein von Seiten der staatlichen Behörden viel gethan, daß sich an jener Stelle wieder Dünen bildeten, und selbige waren schon wieder so hoch, daß man im Vorbeifahren auf der dortigen Landstraße vom Wagen aus nicht über dieselben hinweg auf den Wasserspiegel der Ostsee sehen konnte. Bei dem großen Sturme am 21. v. M. sind diese Dünen durch das Hochwasser arg beschädigt worden, indem ein großer Theil des Dünensandes theils weggeweht, theils weggespült worden ist. Auf 3 Stellen sind sogar die Dünen vollständig fortgewaschen und haben sich dort Durchbrüche gebildet, durch welche ein Fuhrwerk bequem hindurchfahren kann. Durch dieselben ist das anströmende Wasser schon bis an den Lehmdamm gedrungen, welcher die jetzige Landstraße bildet. Ungefähr hundert Schritte hinter diesem Lehmdamm befindet sich der im Jahre 1873 auf Staatskosten hergerichtete große Schutzwall. Bis dahin sind die anstürmenden Wogen jedoch nicht gedrungen. — Auf dem Ruden ist theils durch den Sturm am 21. v. M., theils auch durch denjenigen vom 30. zum 31. v. M., Vieles zerstört oder doch arg beschädigt worden, was in den letzten Jahren für die Uferbefestigungen auf dieser Insel gethan worden ist. Die liegende, mit Cement übergossene Mauer ist, soweit selbige überhaupt noch vorhanden war, vom Wasser unterwühlt und eingestürzt, die Faschinen-Arbeiten sind zerstört und das Strauchwerk fortgespült; am besten haben sich noch die im vergangenen Sommer hergerichteten hochkantigen Steinpackungen gehalten, obwohl auch hier der Untergrund stellenweise von dem Wasser fortgespült ist. Die Dünen sowohl auf der Ost- als auch auf der Westseite sind theils fortgeweht, theils auch an denjenigen Stellen, wo das Vorland nur schmal war, von den anstürmenden Wellen fortgewaschen.

— Das Ministerium für Handel und Gewerbe hat dem gewerblichen Verein zu Pyritz für die Ausstellung von Lehrlingsarbeiten einen Staatszuschuß von 100 Mark unter der Bedingung bewilligt, daß dieses Geld ausschließlich zu Staatspreisen verwendet und der erste Preis von 50 Mk. nur für Arbeiten zugesprochen wird, welche durch ihre ganze Ausführung die Annahme begründen, daß der Aussteller etwas besonders Tüchtiges in seinem Handwerke leisten werde.

— Dem Herrenhause ist ein Gesetzentwurf zugegangen, nach welchem die beiden kommunalständischen Verbände von Hinterpommern und Alt-Pommern sowie von Neu-Vorpommern und Rügen aufgehoben werden und auf den Provinzialverband der Provinz Pommern übergehen sollen.

— Die Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen haben dem Hause der Abgeordneten eine Denkschrift betreffend die Regulirung der Spree und Havel übergeben. Aus der dazu gehörigen Uebersichtskarte interessirt uns in erster Reihe der projektirte Oder-Spree-Kanal, der auf der einen Seite eine direkte Verbindung der Oder mit der Elbe vermittelst des Elbe-Spree-Kanals, d. h. Stettins mit Dresden, herbeiführen, auf der anderen Seite für Berlin einen neuen, sehr leistungsfähigen Schifffahrtsweg nicht allein nach dem Odergebiet und Stettin, sondern auch durch Vermittelung der Warthe und der sich an diese anschließenden Wasserstraßen nach den Provinzen Posen und Preußen und darüber hinaus schaffen würde. Der projektirte Oder-Spree-Kanal soll vom Daemeritzsee im Spreegebiete ausgehen und mit seinem Hauptarm bei Kienitz 20 Km. unterhalb Küstrin die Oder erreichen, außerdem aber von Friedland im Oderbruch aus eine Abzweigung über Wrietzen und Freienwalde nach Schwedt bezw. Stettin erhalten.

— Vor einigen Tagen war bei der Strafkammer des hiesigen Landgerichts eine Verhandlung gegen den Arbeiter Karl Wilhelm August Berndt angesetzt; dieselbe mußte jedoch vertagt werden, weil Berndt aus dem Zuchthause zu Naugard, wo er eine Strafe verbüßt, nicht vorgeführt war Wie sich jetzt herausgestellt, ist derselbe auf dem Transporte von Naugard nach Stettin in Alt-Damm entsprungen.

— Viele Leute, welche Schlafstellen vermiethen, sind so leichtsinnig, ihre ganze Wohnung oft der Aufsicht fremder Personen zu überlassen, wenn dieselben kurze Zeit bei ihnen auf Schlafstelle wohnen. So kam vor einigen Tagen zu den Arbeiter Weidemann'schen Eheleuten, Baumstraße 24, ein Frauenzimmer und miethete eine Schlafstelle. Am 8. d. Mts. wurde dieselbe von den Vermiethern allein in der Wohnung gelassen und ihr die Aufsicht über die beiden Kinder der W.'schen Eheleute übertragen. Das Frauenzimmer benutzte diese Gelegenheit, sperrte die Kinder in eine Kammer und erbrach ein Spind, aus welchem sie 29 Mark baares Geld und Gold- und Werthsachen in Höhe von 30 Mark entwendete und sich dann entfernte. Gestern gelang es, die Diebin in der Person der unverehelichten Anna Emma Bretzmann zu ermitteln und zur Haft zu bringen.

— Bei einem Restaurateur auf der Lindenstraße erschien gestern Nachmittag der Arbeiter Ferdinand August Stahlkopf und bot demselben ein Faß Spiritus zum Kauf an. Da er sich über den rechtlichen Erwerb des Fasses nicht ausweisen konnte, wurde er von dem Restaurateur einem Schutzmann übergeben und es stellte sich heraus, daß er das Faß aus dem Boldt und Freydorff'schen Geschäft unter der Vorspiegelung erschwindelt, er solle es für einen Herrn in Scheune abholen. Stahlkopf wurde verhaftet.

— In unserer Stadt treibt sich wieder ein höchst frecher Bettler herum. Derselbe besucht die Herrschaften und giebt an, von der Polizei-Direktion beauftragt zu sein, für die Vaterlands-Vertheidiger eine Kollekte zu sammeln und führt eine Liste bei sich, auf welcher mehrere den besseren Ständen angehörige Personen mit den gezahlten Beiträgen stehen. Derselbe kam gestern auch zu der Frau eines hiesigen Kaufmanns in einem Hause der Prutzstraße, welche allein anwesend war und ihm sagte, daß solche Sachen von ihrem Manne im Geschäft abgemacht würden. Darauf wurde der Bettler frech, bis ihm eine Mark ausgehändigt wurde.

— Mit welcher Beharrlichkeit und Umsicht heut zu Tage auch Verbrechen zur Ausführung gebracht werden, dafür giebt der nachstehend mitgetheilte Fall einen eklatanten Beweis. Am Abend des 19. v. Mts. brach in der zum Etablissement der königl. Oberförsterei Hohenbrück gehörigen Scheune Feuer aus, wodurch dieselbe, sowie das Dach eines dicht daneben belegenen Kartoffelkellers vollständig in Asche gelegt wurde. Es gelang damals, Dank der am Abend eingetretenen Windstille, nachdem es am Tage noch tüchtig geweht hatte, das Feuer auf diese beiden Gebäude zu beschränken, obschon die vorhandene, ganz neue Spritze, welche ihre erste Feuerprobe zu bestehen hatte, wegen Wassermangels nur immer einige Minuten in Thätigkeit erhalten werden konnte, und es war wohl als ein besonderes Glück anzusehen, daß die brennende Scheune außer einem bedeutenden Vorrathe klein gemachten Holzes Nichts enthielt, was zur Weiterverbreitung der Flammen durch Flugfeuer Veranlassung geben konnte. Die Zeit des Brandes, 10 Uhr Abends, sowie die Schnelligkeit, mit der damals das Feuer die leere Scheune vollständig in Flammen hüllte, gab damals schon der Vermuthung Raum, daß absichtliche Brandstiftung vorliege, dieselbe wird aber fast zur Gewißheit durch die uns heute zugehende Nachricht, nach welcher in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag voriger Woche das Viehzimmer desselben Etablissements ein Raub der Flammen geworden ist. Sämmtliches Rindvieh und Schweine sammt dem größten Theile der Futtervorräthe sind verbrannt und gelang es nur mit Mühe, die in demselben Gebäude untergebrachte Spritze zu retten. Glücklicherweise ist das kaum sechs Schritt davon stehende Wohnhaus von den Flammen verschont geblieben, welches außer dem Bureau der Oberförsterei auch diejenigen der Gutsverwaltung und des Standesbeamten enthält. Der betroffene Beamte scheint beharrlich von Brandunglück verfolgt zu werden, da derselbe, wie uns mitgetheilt wird, bereits früher und an anderem Orte zwei Mal total abgebrannt ist. An dem Abende des Brandunglückes befand sich derselbe auf einer Dienstreise auswärts. Der Urheber des Brandes scheint seinen Plan darauf gebaut zu haben, daß an jenem Abende die nächsten Nachbarn sich früher als sonst zur Ruhe begeben würden, da sie am Tage vorher durch eine solenne Familienfeierlichkeit bei einem derselben ihre gewohnte Nachtruhe zu verkürzen gezwungen waren, der betreffende Gutsvorsteher, hier der Betroffene, abwesend, und dessen Stellvertreter durch Krankheit am energischen Einschreiten und umsichtiger Leitung der Löschanstalten verhindert sei. Es scheint diese Kalkulation nicht ganz richtig gewesen zu sein und steht im Interesse der geängstigten Ortsinsassen nur zu hoffen, daß es den betreffenden Behörden recht bald gelingen werde, den resp. die Urheber des wiederholten Brandes zu ermitteln und die wohlverdiente Bestrafung derselben herbeizuführen.

— (Stadt-Theater.) Zwei Monate sind bald verronnen und die Prima-Donna-Frage unserer Oper ist noch nicht beantwortet — wenigstens war sie es bis gestern noch nicht. Nachdem Frl. Bondt sich hiesigen Ansprüchen nicht gewachsen erwies, trat Fräul. Szégal in den Kampf, in welchem sie zu unserem größten Leidwesen unterliegen mußte. Wir hören noch ihren wunderbar edlen, vollen, glockenhellen Gesang, der uns ihre wenig ansprechende äußere Erscheinung vollständig vergessen ließ, und bedauern den Fehler der Direktion, diese Sängerin haben scheiden zu lassen. Sie wäre, trotz ihres Aeußeren, sehr bald ein Magnet der Oper geworden. Hätte Sie die Recha oder Norma vor einem Sonntagspublikum und nicht vor einem der fremden Sängerin gegenüber gerechtfertigten leeren Wochentagshaus gesungen, wir sind sicher, eine solche Stimme hätte auch ohne Claque einen eminenten Erfolg errungen und die Direktion hätte ohne Weiteres die Kündigung gestrichen. Nun, dies ist nicht eingetreten, dafür hat Frau Stieber-Barn den Kampf aufgenommen und Gott sei Dank darin den Sieg errungen. Wir hören, daß nach der gestrigen „Norma" das Engagement perfekt geworden ist. Ersetzt uns der Gesang der Frau Stieber-Barn auch nicht die freiwillig dahin gegebene Stimme des Frl. Szégal, so ist dieser doch immerhin noch so wohllaut und angenehm, daß wir mit der Acquisition einverstanden sein können. Frau Barn ist hier nicht unbekannt, theils aus ihrem früheren Engagement, theils aus ihrem vorjährigen Gastspiel. Ihre Stimme ist ein voller Mezzosopran, in der Mittellage und Tiefe besonders schön, wogegen er die Höhe nicht immer leicht erreicht. Auch leidet der Glanz der Stimme durch häufiges recht starkes Tremoliren. Fräul. Goselli (Adalgisa) hatte nicht ihren guten Abend oder richtiger gesagt keine gute Rolle. Sie sang mit gewaltiger Anstrengung, ohne eigentlich das zu bieten, was richtiger Weise von der Adalgisa verlangt werden kann. Das Koloratouren-Duett zum Schlusse des dritten Akts sang sie in Gemeinschaft mit Frau Stieber-Barn ganz prächtig. Fräul. Fichtelberger soll alles Andere, nur nicht singen, selbst wenn es nur ein Wort sein sollte. Dieser eine Ton klingt sonst durch die ganze Oper als Dissonanz. Die Herren Riedel (Sever), Wolff (Orovist) und Neubert (Flavinus) fanden sich mit ihren Aufgaben recht brav ab. Das Haus war ziemlich gut besucht.

§ **Arnswalde**, 9. November. In der zuletzt stattgehabten Schöffengerichtssitzung wurden die Arbeiter Schmidt und Klingbeil aus Wardin, weil sie den Inspektor Sch. mit einer Forke zu erstechen bedroht, wegen Bedrohung mit 14 Tagen Gefängniß bestraft. Der Arbeiter Heyer, welcher des gleichen Vergehens angeschuldigt war, wurde freigesprochen, weil die Beweisaufnahme ergeben, daß seine bezügliche Drohung sich nicht auf den Inspektor Sch., sondern auf dessen Haus bezogen hatte. — Am Sonnabend, den 6. d. M. Abends, fand im Vereinslokale des hiesigen Krieger-Vereins „Appell" statt. Die Rechnung für das abgelaufene Etatsjahr wurde, nachdem die Rechnungs-Revisions-Kommission Bericht erstattet hatte, dechargirt und erfolgte demnächst, nach Erledigung einiger innerer Vereinsangelegenheiten, die Aufnahme von 5 neuen Mitgliedern. Die Kameraden, welche ziemlich stark vertreten waren, blieben noch nach dem dienstlichen Theile beisammen und hielten sich bei einer kleinen musikalischen Unterhaltung recht vergnügt. — Das Auftreten der Handwerksburschen giebt immer mehr und mehr zu Klagen Veranlassung. Am Freitag Mittag erschien ein reduzirter Mensch im Hause des Rentiers C. und sprach um Unterstützung an. Es wurden ihm die vom Mittagessen verbliebenen Reste offerirt und nachdem er diese verzehrt, verlangte er in frecher Weise noch ein Geldgeschenk. Es wurde ihm dies verweigert und erging er sich hierbei in losen Redensarten. Hierauf begab er sich in die nach vorn heraus belegene Restauration des Herrn K. und erhielt hier von der anwesenden Mutter des K. ein 5-Pfennigstück mit dem Bemerken, er solle 2 Pfg. wieder herausgeben. Er verweigerte dies und fing mit dem darauf hinzugekommenen Wirthe einen Wortwechsel an, der so große Dimensionen annahm, daß der Bettler in Haft genommen werden mußte. — Dem Fleischermeister Gleising hierselbst wurde am Sonnabend Abend, während er das Fenster seiner Fleischkammer geöffnet und auf kurze Zeit letztere verlassen hatte, aus dieser ein großer Napf mit ca. 8 Pfund Schmalz entwendet, ohne daß es gelungen ist, den Dieb zu ermitteln. Wahrscheinlich hat der Dieb seinen Eingang durch das Fenster genommen und ist somit unbemerkt entkommen. — Dem Kaufmann Albrecht sind gestern aus einem verschlossenen Spinde 45 Mark baares Geld entwendet worden und ist der Thäter bisher nicht zu ermitteln gewesen, da ein Verdacht auf Niemand hat ausgesprochen werden können. Die Angelegenheit ist zu weiteren Recherchen der Polizei mitgetheilt. — Seit Kurzem hat sich hierselbst ein Verein gebildet, welchem der Name „Concordia" beigelegt worden ist. Er besteht vornehmlich aus jungen Kaufleuten und Bureau-Beamten, und finden alle 14 Tage Unterhaltungsabende im Saale des Restaurateurs Fritz statt. Wir hatten Gelegenheit, einem dieser Gesellschafts-Abende beizuwohnen und können nur konstatiren, daß die Gemüthlichkeit und größtmöglichste Einigkeit im Verein herrscht, und daß der Verein Lebensfähigkeit nach allen Richtungen haben und behalten wird.

Literarisches.

Indien in Wort und Bild von Emil Schlagintweit. Mit 400 Illustrationen. 18.—19. Lieferung. Leipzig, Verlag von Schmidt und Günther, à 1/2 Mark.

Die Geschichte der ostindischen Handelskompagnie und die Entwickelung des Einflusses Englands in Indien, sammt der eigenartigen englischen Verwaltung sind in diesen Heften in interessanter Weise behandelt. Es ist Schade, daß uns der Mangel an Raum nicht gestattet, unsern Lesern Auszüge des hochinteressanten Inhalts zu bringen, wir müssen leider auf die Hefte selbst verweisen. Die Illustrationen sind sehr schön, z. B.: ein Empfang der indischen Fürsten beim Vicekönig in Calcutta, Boote und Schiffsvolk auf dem Ganges, die erklärenden Bilder zu der Abhandlung über die Kultur des Indigos u. s. w. Das Werk bringt neben allem Schönen auch viel werthvolles Material für den Kaufmann u. s. w. [233]

Geschichte des deutschen Volkes, in kurzgefaßter Darstellung erzählt von Dr. David Müller. Pracht-Ausgabe, besorgt von Prof. Dr. Fr. Junge. Berlin, Franz Vahlen. (In acht Lieferungen zu je 1 Mark.)

Es kann nur mit Anerkennung begrüßt werden, daß die Verlagshandlung sich entschlossen hat, von dem vorstehend genannten Buche eine Ausgabe zu veranstalten, die, des Schulcharakters entkleidet, bei mäßigem Preise durch ihre vornehme ornamentale Ausstattung, von der die vorliegende erste Lieferung Beweis giebt, berufen erscheint, ein Familienbuch im besten Sinne des Wortes zu werden. Ein nicht geringer Theil der heranreifenden jüngeren Generation hat sich an David Müller's deutscher Geschichte zuerst für unseres Vaterlandes Größe erwärmt und begeistert, denn David Müller's Buch hat längst, in frühen Ausgaben, seinen Weg in das deutsche Haus gefunden und Alt und Jung von der ruhmreichen Geschichte unseres Volkes erzählt, nicht mit stolzen, ruhmredigen Worten, sondern mit der bescheidenen Zurückhaltung, mit dem wahrhaft ernsten Sinn, wie sie in dem echten deutschen Hause sich erhalten haben. Wir können nur wiederholen, daß das Buch, wie wenige, sowohl für die Jugend, wie für den gereifteren Mann und die gebildete Frau sich eignet.

Einer Ankündigung der Verlagsbuchhandlung zufolge wird das Werk mit acht Lieferungen noch zu Weihnachten d. J. vollständig werden. [234]

Handelsbericht.

London, 6. November. (Wochenbericht über den Londoner Kartoffelmarkt von Emil Stargardt, South Eastern Wharf, Southwark.)

Das Geschäft in deutschen Kartoffeln bewegte sich in dieser Woche in den engsten Grenzen und konnte von den Ankünften — ca. 70,800 Sack — nur ein kleiner Theil verkauft werden. Ursache hierfür war die überreichliche Zufuhr von englischen und schottischen Kartoffeln, die bessere Qualität als zuvor aufwiesen und schlankere Verwerthung als die deutschen fanden. — Preise erlitten trotzdem nur eine Abschwächung von ca. 5 s per Ton; nur einige Posten, die in leichten Händen waren und verkauft werden mußten, wurden mit 10s unter vorwöchentlichen Preisen verkauft. Das Wetter war in der ersten Hälfte der Woche kalt bei Nachtfrost; gestern und heute ist die Witterung gelinder geworden.

Es erzielten: Beste deutsche rothe 90 bis 100s, d. mittel rothe 75—90s, d. kleine rothe 70—75 s, d. Schneeflocken 80—85s.

Zwiebeln 110—130s.

Alles per Ton incl. Sack ab Wharf.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, 9. November. Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts hat in der strafgerichtlichen Verhandlung gegen den Kapitän Keyn anläßlich der Kollision zwischen den Dampfschiffen „Franconia" und „Strathclyde" den Angeklagten, Kapitän Keyn, von der Anklage der fahrlässigen Tödtung kostenlos freigesprochen.

Wien, 9. November. Die „Polit. Korresp." meldet die Ernennung Vanutelli's zum päpstlichen Nuntius in Wien.

Wien, 9. November. Heute Morgen gegen 7 3/4 Uhr fand hier ein ziemlich heftiges Erdbeben statt; man spürte wiederholt Stöße und eine aufwärts und abwärts schwingende Bewegung. Zahlreiche dem meteorologischen Institute zugegangene Telegramme konstatiren, daß das Erdbeben auch in Serajewo, Dervent, Brood, Pola, Trieß, Cilli, Klagenfurt, Fünfkirchen, Oedenburg, Marburg, Laibach und Groß-Kanisza verspürt wurde. In Agram erfolgte außerdem ein zweiter und eine Stunde später ein dritter Erdstoß. Fast jedes Haus in Agram ist beschädigt, einige Häuser sind zusammengestürzt. Der Schaden ist sehr bedeutend; bisher sind dreißig theils schwere, theils leichte Verletzungen konstatirt. Die Behörden treffen Maßnahmen, der Magistrat nimmt Delogirungen vor.

Haag, 8. November. Die zweite Kammer hat das neue Strafgesetzbuch angenommen.

Paris, 9. November. Auf die Nachricht von der Austreibung der Maristen in Tourcoing sammelte sich vor dem Ordenshause derselben eine Volksmenge von nahezu 5000 Personen, zu welchen sich Mitglieder katholischer Vereine gesellten. Es kam zu ernsthaften Zusammenstößen, da auch zahlreiche Anhänger der Dekrete unter der Menge waren. Der Centralkommissar und ein Präfekturrath suchten vergeblich die Menge zu beschwichtigen. Die Fenster des Klosters wurden durch Steinwürfe zertrümmert, einige 60 Personen sind verwundet, darunter mehrere schwer. Erst in Folge mehrerer von der Gendarmerie gemachten Angriffe gelang es, die Menge zu zerstreuen.

Kopenhagen, 9. November. Das Folkething ist heute eröffnet worden. Das demselben vorgelegte Budget balanzirt in den Einnahmen und Ausgaben mit 50 Millionen Kronen. Im Vergleich zu dem Budget des vergangenen Jahres weisen die Einnahmen eine Zunahme von 2 3/4 Millionen und die Ausgaben eine solche von 5 1/2 Millionen auf. Die Mehrausgaben sind veranlaßt durch die in der letzten Session des Reichstages angenommenen Gesetze über den Ankauf der Eisenbahnen auf Seeland und durch das Wehrgesetz. Von Seiten des Kultusministers wird die Bildung eines Bureaus für den internationalen literarischen Verkehr beantragt.